

# Wer will hier wen vernichten?

BSW, Nato, neue deutsche Sicherheitspolitik: „Nibelungentreue und ihre Gefahren“, FR-Feuilleton vom 3. Februar

## Die Kritik sollte sich an Putin richten

Danke der FR, dass sie mit diesem Beitrag geholfen hat, der „Friedensbewegung“ von Wagenknecht und Co. die Maske vom Gesicht zu reißen. Wer wie Wagenknechts Parteimitglied und Vordenker Wolfgang Streeck die Fakten auf den Kopf stellt, der ist nicht diskussionswürdig.

Laut Streeck „sind die USA in der Ukraine dabei, unter Zurücklassung eines Trümmerfeldes das Weite zu suchen“. Wer bitte hat die Ukraine mit seiner Armee überfallen und zerstört seit zwei Jahren ununterbrochen das Land und tötet Zivilisten? Putin. Weiter, laut Streeck, hat der Westen „unverhüllte Vernichtungsfantasien“. Wer will hier wen vernichten? Putin und seine Armee versuchen täglich, die Ukraine zu vernichten. Wer wie Streeck aber Frieden durch Stopp von Waffenlieferung erhofft, der sollte zuerst den auffordern, der für das tägliche Versenden von Drohnen, Raketen und Panzern in die Ukraine verantwortlich ist: Putin. Er wird sich bei der „Friedenspartei“ BSW für diesen Artikel erkenntlich zeigen.

Dieter Nentwig, Erlensee

## Dem Möchtegernzaren anheimgefallen

Professor Streeck behauptet, dass „die etablierten Parteien und ihre Öffentlichkeit hartnäckig“ eine „längst fällige Debatte über das nationale Interesse Deutschlands unter den Bedingungen des Zusammenbruchs der US-beherrschten Weltordnung nach 1990“ verweigerten. Er wirft Deutschland „Nibelungentreue“

vor und fordert eine neue Sicherheitspolitik zugunsten Russlands.

Streeck ist Mitstreiter von Schara Wagenknecht, die seit Jahren als Selbstdarstellerin und Apologetin von Putins imperialistischer Politik unterwegs ist. Ihrer Meinung nach sei der Westen, die Nato, die USA schuld an der russischen Spezialoperation, weil Russland sich bedroht fühle. Teile der Linken und jetzt das „Bündnis Sarah Wagenknecht“ sind m.E. eine Propagandaagentur eines aberwitzigen, großwahnsinnigen, freidrehenden Exgeheimdienstlers, der gern Zar sein und die Schmach des Zerfalls der UdSSR wettmachen möchte.

Putin spricht der Ukraine die Existenzberechtigung ab, obwohl in den 90er Jahren nach der Abgabe der Atomwaffen an Russland ihre Integrität als Nation von eben diesem Russland garantiert wurde. 2014 erfolgte der erste Krieg gegen die Ukraine. Der Westen schaute zu. Die Ukraine werde von Nazis, Drogenabhängigen und sonstigen Leuten regiert – so Putins Propaganda. Und nicht mehr von moskauhörigen Oligarchen, sei ergänzt.

Streeck argumentiert mit Zahlen von Rüstungsausgaben und toten Menschen, ferner mit Trump, der Europa und die Nato wie eine heiße Kartoffel fallen lassen werde. Russland sei „nach dem Scheitern des westlichen Versuchs, es als Staat und Industriegesellschaft auszulöschen, nicht mehr unbedingt an einer Lösung des Ukraine Konflikts interessiert“. Weiter: „Motiv hierfür könnte ein verständliches Misstrauen als Reaktion auf die unverhüllten Vernichtungsfantasien des Westens zu Kriegsbe-

ginn sein – von Bidens *regime change* zu Baerbocks Überstellung Putins an ein Haager Tribunal“. Aha, „verständliches Misstrauen“ bei Putin und „Vernichtungsfantasien des Westens“! Alles klar! Wer will denn wen vernichten, Herr Professor?

Kein Wort des Professors, der einmal Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung (!) war, über die menschenverachtende Aggressionspolitik Russlands. Kein Wort über die Kriegsverbrechen Putins und seiner Armee (Butscha, Mariupol, zigtausend Kinder wurden verschleppt). Kein Wort über die Verstöße gegen das internationale Völkerrecht.

Streeck, Wagenknecht und andere Propagandisten der BSW kriechen Putin zur Freude der AfD in den Arsch. Streeck merkt nicht, dass er selbst einer Nibelungentreue dem Aggressor Putin anheimgefallen ist.

Prof. Matthias Elzer, Hofheim a.T.

## Was hier nicht ausgesprochen wird

Ein erstrangiger Soziologe würde sorgfältig Für und Wider abwägen. Streeck bleibt nur beim Für, genau genommen dem gesellschaftsfähigen Egoismus. Er hinterlässt einen stinkenden Haufen. Er insinuiert, dass die Burgunder lieber den heimtückischen Mörder Hagen hätten ausliefern sollen, um mit dem Leben davonzukommen, genauso wie (er spricht es nicht aus) der Westen die um ihre Existenz kämpfende Ukraine ihrem Schicksal überlassen sollte, damit ... Wolfgang Brand, Langen

Diskussion: [frblog.de/bsw-2](http://frblog.de/bsw-2)



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

### Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

### Mailen Sie an:

[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder  
[Forum@fr.de](mailto:Forum@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## DIALOG: Neoliberal

Liebe FR,

was die Ursache für fast alle wirtschaftlichen und politischen Probleme ist: der aktuell global herrschende Neoliberalismus. Neoliberale behaupten, alles könne am besten marktwirtschaftlich organisiert werden, und der Markt solle nicht von außen beeinflusst werden. Dann würde es auf wundersame Weise allen so gut gehen, wie unter keinem anderen System denkbar.

Bullshit! Ein völlig ungeregelter oder zu wenig geregelter Markt lässt die am meisten Besitzenden umso mehr hinzugewinnen, je mehr sie bereits haben. Weil sie es den anderen schlicht wegnehmen. So entsteht für die unteren 99 Prozent Mangel an den notwendigen und für ein gutes Leben wünschenswerten Dingen. Und auf der anderen Seite Überfluss am Überflüssigen. Die Lösung ist ein nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten eingegerter Markt und eine Demokratie, bei der jede Stimme gleich viel zählt.

Ralf Michael Lübbers, Marienhafen

## Lieber Herr Lübbers,

auf meine Kolumne über begrenzten Platz im Print-Forum vom vergangenen Samstag hin haben Sie sich diesmal ziemlich kurz gefasst. Dafür zunächst danke. Ihre Zuschrift zeigt, dass man auch so Debatten führen kann. Ich habe Ihre Zuschrift hier online veröffentlicht: [www.frblog.de/jammer](http://www.frblog.de/jammer) Ich bin gespannt, ob es weitere Reaktionen aus dem Kreis der FR-Leserinnen und -Leser gibt, die Ihre Meinung teilen, dass nicht jede Wahlstimme gleich viel zählt.

Wir lesen uns!

Lutz „Bronski“ Büge, FR-Forum

# Ist das Streikrecht noch zeitgemäß?

Lokführerstreik: „Genug gezankt“, FR-Meinung vom 23. Januar

## Eine ganze Gesellschaft in „Geiselhaft“

Der Megastreik der GDL war ein klarer Beweis dafür, dass ein Streik in Bereichen der Daseinsvorsorge dringend eine neue und klarere gesetzliche Regelung erfordert. Denn es muss künftig verhindert werden, dass Arbeitskämpfe in diesen Bereichen die gesamte Gesellschaft in „Geiselhaft“ nehmen und beträchtliche Schäden in der Wirtschaft verursachen. Minderheiten in exponierten Positionen im Wirtschaftsprozess dürfen mit ihren überzogenen Forderungen und langfristigen Kampfmaßnahmen nicht zusätzliche Schäden verursachen. Diese gesetzliche Regelung muss folgende Festlegungen mindestens enthalten:

Kein Warnstreik, bevor nicht wenigstens zwei- bis dreimal verhandelt wurde; Ankündigung von Warnstreiks mit Fristen, die eine sinnvolle Vorbereitung für die Bereiche ermöglichen, die nicht bestreikt werden; Zwang zur Moderation von Tarifgesprächen nach einer bestimmten Anzahl von gescheiterten Tarif-

runden oder der Zwang zur Schlichtung.

Es ist das „Verdienst“ der aggressiven Aktivität von Herrn Weselsky, dass nun auch Wirtschaftsverbände und Politiker die Notwendigkeit einer Regelung für diese Bereiche erkannt haben. Das Streikrecht ist ein hohes Gut und muss verteidigt werden. Das darf aber nicht auf Kosten anderer Arbeitnehmer und anderer Wirtschaftszweige erfolgen.

Klaus-Dieter Busche, Offenbach

## Stellt Euch hinter berechnete Forderungen!

Ich kann nicht verstehen, dass sich die FR nicht klar und solidarisch auf die Seite der Arbeitnehmer, der Lokführer, stellt. Deren Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit für diesen verantwortungsvollen, aufreibenden Beruf sind mehr als berechnete. Die Angebote der Bahn waren lächerlich und zynisch, denn sie kommen von Vorständen, die für ihr jahrelanges Missmanagement – auf dem Rücken der Beschäftigten und zu Lasten der Bahnkunden – ungehindert Millionen kassieren. Wohlgermerkt: an Steuer-

geldern! Es ist schlicht daneben, wenn die FR scheinbar unparteiisch den Kontrahenten zuruft: „Genug gezankt“ und die Gewerkschaft der Lokführer mahnt, sie müsse aufpassen, dass sie nicht überzieht und ihr eine „Verweigerungshaltung“ vorwirft. Ich möchte, dass meine Zeitung Partei ergreift für die berechnete Sache, für die Arbeitnehmer, zu denen ich auch gehöre. Ich möchte handfeste, mit Fakten gestützte Analyse. Immerhin zeigt die Tatsache, dass die GDL mit 18 Bahnunternehmen bereits zufriedenstellende Tarifabschlüsse erzielt hat, dass ihre Forderungen so unberechtigt nicht sein können. Nur es gibt einen Unterschied: Die DB darf Steuergelder verschwenden, auch für den Kampf gegen einen legitimen Streik.

Jetzt höre ich zu allem Überfluss, Kanzler Scholz wende sich in einem Appell an die streikenden Lokführer. Warum wendet er sich nicht an die Bahn? Da braucht er nicht nur zu appellieren – da kann er handeln, denn die Bahn ist Bundeseigentum!

Manfred Bonson, Lüdinghausen

Diskussion: [frblog.de/streikrecht-2](http://frblog.de/streikrecht-2)

## FR ERLEBEN

### Claus-Jürgen Göpfert

präsentiert sein Buch „Wer nicht hören will, wird bestreikt“. Mit Jürgen Hinzer, früherer Bundesstreikbeauftragter der Gewerkschaft NGG.

**Donnerstag, 15. Februar, 14 Uhr**  
**DGB-Haus, Am Freiheitsplatz 6**  
**Hanau**

Claus-Jürgen Göpfert spricht über das Erstarken der Rechten in den Betrieben mit dem Soziologen Prof. Klaus Dörre von der Universität Jena.

**Montag, 19. Februar, 19 Uhr**  
**Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5**  
**Frankfurt**

### Andreas Schwarzkopf moderiert

„Der Krieg in Gaza – Wie kann man weitere Eskalationen verhindern?“ Mit Nicole Deitelhoff (Leipnitz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung) Ruprecht Polenz (CDU) und Michael Roth (MdB, SPD). Livestream: [youtube.com/hausamdom](https://www.youtube.com/hausamdom)

**Dienstag, 20. Februar, 19 Uhr**  
**Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt.**

# Zahlt so einer Steuern?

Zu: „Armer Elon Musk“, FR-Wirtschaft vom 1. Februar

Herr Musk (Tesla) hatte einen Plan. Er konnte innerhalb von zwölf Schritten Aktienoptionen mit einem maximalen Wert von bis 55,8 Milliarden Dollar (51,46 Mrd. Euro) bekommen. Nun entschied eine Richterin, dass dieses nicht so einfach gehen würde. Hierbei muss beachtet werden: Diese Verhandlung fand im Steuerparadies Delaware (USA) statt. Nun wird Musk seinen Hauptsitz nach Texas verlegen. Vielleicht braucht er in Texas überhaupt keine Steuern zahlen.

Inzwischen haben sich die 27 Mitgliedstaaten der EU darauf geeinigt, der angeschlagenen Ukraine auf vier Jahre ein 50-Milliarden Paket zu überweisen. Was für ein Spiegelbild dieser Gesellschaft, eine einzelne Person bekommt 55,8 Mrd. Dollar als Vergütung und auf der anderen Seite, 27 Mitgliedstaaten überweisen 50 Milliarden in ein Kriegsgebiet.

Josef Karl, Kelsterbach